

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreitagschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bogenf. Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Postredaktion:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

N 270.

Freitag, 18. November 1932, abends.

85. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RPR 2,14 einheitlich. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Rümer des Ausgabekreises sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im daraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Zeiten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Stellmezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostbarerer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versüßt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturschrift Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeiträge. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerant oder der Verlegerungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.**

**Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.**

## Regierung von Papen zurückgetreten.

### Reichspräsident von Hindenburg nimmt die Gesamtdemission des Kabinetts an. Direkte Verhandlungen mit den Parteiführern.

v.dz. Berlin. Nachdem die Bemühungen des Reichskanzlers, bei den Parteien eine Unterstützung für sein Kabinett zu finden, endgültig gescheitert sind, hat das Reichskabinett, wie zu erwarten war, am Donnerstag seine Gesamtdemission beschlossen. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und hat das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Die Bedeutung der Demission des Kabinetts v. Papen liegt darin, dass die Verhandlungen jetzt in die Hände des Reichspräsidenten übergegangen sind. Im Interesse der Wirtschaft und einer geordneten Staatsführung sollen die Verhandlungen möglichst kurz gefasst werden. Die Parteiführerbesprechungen begannen heute Freitag mit Einzelempfängen der Abg. Dr. Hugo Eberle (DN), Dr. Kaas (SPD) und Dingeldey (DVP). Am Sonnabend folgen dann Hitler und Staatsrat Schaeffer.

Die Parteiführer sollen zunächst einzeln empfangen werden und dann Gelegenheit haben, untereinander Besprechungen zu führen, um dem Reichspräsidenten bestimmte Vorschläge machen zu können. Dann soll ein gemeinsamer Empfang beim Reichspräsidenten stattfinden. Einige Worte nächster Woche sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Sie sollen nicht nur über die Verlonenfragen, sondern auch über das Wirtschaftsprogramm geführt werden.

An auswärtiger Stelle legt man Wert auf die Feststellung, dass die Stellung des Außenministers von Neurath bei den bevorstehenden außenpolitischen Konferenzen nicht beeinträchtigt werde und dass überhaupt Neurath wohl unter allen Umständen in jeder Konstellation Außenminister bleiben werde. Am übrigen dürften die Parteien für ihre Programmvorschläge völlig freie Hand haben, sie brauchen sich durchaus nicht auf das Programm des bisherigen Kabinetts festzulegen. Selbstverständlich müssen die neuen Vorschläge die Willigung des Reichspräsidenten finden. Sicher ist, dass von dem Gedanken des Präsidialkabinetts nicht abgesehen werden soll.

### Die amtliche Mitteilung über den Empfang beim Reichspräsidenten.

M Berlin. Der Reichskanzler erstattete gestern dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, dass sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sei, wurde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, dass ihm Führung und Zusammenfassung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluss dieser Kräfte sicherzustellen. Die SVP hat den Wunsch des Kanzlers an einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft abgross abschleift. Die NSDAP hat mitgeteilt, dass sie nur unter gewissen Voraussetzungen an schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, dass von der Reichsregierung im Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programme zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einsicht aller ihrer Kräfte verucht hat, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erstellten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei, — ohne den Grundsatzen autoritäter Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, dass Mächtigkeiten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können. Sie willst, dem Herrn Reichspräsidenten den Zugriff frei zu machen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

### Räume werden genannt

Die Verhandlungen, die der Reichspräsident mit den Parteiführern aufnehmen wird, werden ein großzügiger und logaler Versuch zu einer Verständigung mit wichtigen politischen Kräften des deutschen Volkes sein.

Man rechnet damit, dass auch Hitler sich diesen Bemühungen nicht entziehen wird. Er hat in seinem

## Die ersten Besprechungen beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspur.) Wie wir erfahren, haben die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern heute vormittag begonnen, und zwar ist in der 12. Boremittagsschule als erster Geheimrat Hungenberg empfangen worden. Die anderen Besprechungen, die für heute in Aussicht genommen waren, finden erst heute abend statt. Um 6 Uhr wird Prälat Kaas zum Reichspräsidenten gehen und im Anschluss daran folgt Abg. Dr. Dingeldey. Neben den Inhalten dieser Unterredungen wird, wie es bereitgestellt ist, eine Aussicht auf die weitere Entwicklung geben. In unmittelbaren Kreisen erwarten man aber auch nicht, dass sich heute schon irgendwelche positiven Resultate ergeben, oder auch nur Möglichkeiten, die einen Schritt auf den Ausgang der Aktion des Reichspräsidenten erlauben. Das wichtigste ist zunächst vielleicht die Frage, wie sich Adolf Hitler bei seinem morgigen Empfang einstellen wird, ob er nämlich an seiner Forderung, ihm die Führung zu übertragen, festhält, oder ob er bereit ist, sich in den Kreis der Pläne des Reichspräsidenten einzutragen. Ob hierüber nicht Abschafft geschaffen ist, hat es nach Aussicht der Berliner politischen Kreise gar keinen Sinn, Vermutungen über den Ausgang der ganzen Verhandlungen anzustellen.

Brief keineswegs irgendwelche Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten abgelehnt. Dass er es von vornherein ablehnt, das von der Regierung Papen in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen, ergibt sich aus vier Bedingungen, die in dem Brief enthalten sind. Dieses Schreiben wird von amtlicher Seite als höflich und korrekt bezeichnet. Den Verhandlungen zwischen Adolf Hitler und dem Reichspräsidenten steht nach Aussicht möglicher Kreise schon deshalb kaum etwas im Wege, weil sie sich nicht nur auf das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen in seiner bisherigen Form beschränken sollen.

Die Parteien haben jetzt eine große Chance, sie tragen aber auch eine große Verantwortung für das, was die nächste Entwicklung bringen wird. Nach Aussicht politischer Kreise der Reichshauptstadt wird viel davon abhängen, wie die Nationalsozialisten sich einstellen. Dagegen geht es schon jetzt als sicher, dass das Zentrum jede Präsidialregierung unterstützen wird, an deren Spitze nicht Reichskanzler von Papen steht, wenn dieses Kabinett auch den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt und die Haltung zur Verfassung einnimmt, von der Prälat Kaas gesprochen hat.

Man nennt auch bereits Namen, die für die Führung des neuen Kabinetts in Frage kommen, und zwar dieselben, die in der letzten Zeit immer wieder auftauchten, nämlich Goerdeler, Bracht und Gehler. Dagegen kommt ein Kabinett Schleicher schon deshalb nicht in Frage, weil General Schleicher keine Meinung hat, das Reichskanzleramt zu übernehmen. Allerdings rechnet man mit seinem Verbleiben als Reichsverteidigungsminister mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der Freiheit von Neurath auch als Außenminister bezeichnet wird. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass auch einige andere Mitglieder des Kabinetts Papen in einer neuen Konstellation wiederkehren werden. Die Nennung von Kandidaten für das Kanzleramt dürfte allerdings vorläufig noch verzögert sein, da man zunächst abwarten muss, wie sich die wichtigste Frage des sozialen Programms in den bevorstehenden Verhandlungen entwickelt.

### Die Deutschnationale Volkspartei zur politischen Lage.

M Berlin. Von deutschnationaler Seite geht uns zu den Ereignissen des 17. November folgende Stellungnahme zu:

Die von interessierter Seite künstlich geschaffene und planmäßig geheizte Erregung ist unnötig. Eine Krise der Parteien, die im Wahlkampf gegen die Regierung Papen und gegen das von der DVP verloste anti-parlamentarische Prinzip standen, ist in eine Krise der Regierung umgeschlagen worden. Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelt sich um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms und die zu seiner Durchsetzung notwendigen im Rahmen des Kabinetts lösbaren Veronalnahmen. Das schwere Gesetz der Gesamtdemission brachte an diesem Zweck umso weniger aus, als die gegen eine anti-parlamentarische Staatsführung siegenden Kräfte nur in der Verneinung einig sind.

### Völlige Entschlussfreiheit des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspur.) Von außändiger Stelle wird erneut abgelehnt, über den Verlauf und den Inhalt der Parteiführerbesprechungen mit dem Reichspräsidenten Auskunft zu erteilen. Es wird lediglich erklärt, dass für den weiteren Verlauf dieser Besprechungen auch in den nächsten Wochen noch keine endgültigen Pläne bestehen. Der Reichspräsident wird sich darin völlige Entschlussfreiheit vorbehalten. Dies gilt auch für die äußere Form, in der die Pläne der Parteiführer stattfinden sollen. Sicher ist lediglich eins, dass die Empfänge der Parteiführer in der gleichen Form stattfinden werden.

### Hitlers Zusage.

München. (Funkspur.) Wie aus dem Brauhaus verlautet, hat Adolf Hitler die telegraphische Einladung des Reichspräsidenten, zu einer persönlichen Besprechung nach Berlin zu kommen, zustimmend beantwortet.

und weder in den großen politischen noch in den brennenden wirtschaftlichen Fragen den Beweis der Einigkeit und der Leistung erbracht haben; sie werden ihn auch nicht erbringen.

Wir sehen in dem Feldmarschall von Hindenburg den Garanten dafür, dass der gegen den Versailler Frieden und den Weimarer Wehrheitswahn beschrittenen Weg über alle Kabinettstatistik hinweg zum Siege führt.

### Der „Völkische Beobachter“.

München. (Funkspur.) Zum Rücktritt des Kabinetts Papen schreibt der „Völkische Beobachter“: Eine Regierung, hinter der kein Volk steht, sei den schweren Aufgaben, die in den Schwefelstunden des deutschen Reichs gelöst werden müssen, nicht mehr gewachsen. An dieser Unmöglichkeit sei Herr von Papen gescheitert. Es ist wahrscheinlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde. Diese Meinung gehe dahin, dass nunmehr Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, dass es bolschewistisch werde.

### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Berlin. (Funkspur.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute Freitag vormittag nochmals eine Sitzung ab, um zu der gestern abend entstandenen politischen Lage Stellung zu nehmen. Beschlüsse wurden nicht gefasst, da die Fraktion dazu keinen Anlass hatte. Dagegen wurde beschlossen, im Reichstag Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni über Arbeitslosenhilfe und vom 4. und 5. September über die Belebung der Wirtschaft einzubringen. Weiter hat die Fraktion gegen die Verkleinerung des von ihr eingebrachten Volksbegehrens auf Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung vom 4. September protestiert. Die Fraktion wird im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Bestimmungen über das Volksbegehren genau geregelt werden.

### Der Eindruck in London.

London. Der Rücktritt des Kabinetts von Papen kam der englischen Öffentlichkeit nicht unerwartet, so dass er seine allzu große Überraschung auslöste. Ob aber die Parteien zu einer Einigung gelangen werden, begegnet starkem Zweifel, so dass politische Kreise Englands jetzt schon mit einem Weiterbestehen eines Präsidialkabinetts und mit der Möglichkeit eines Wechsels in der Person des Reichskanzlers rechnen. Evening Standard hält Dr. Bracht für den Kandidaten, der die beste Aussicht auf den Reichskanzlerposten habe. Im Regierungskreis berichtet einiger Besorgnis, dass Deutschland infolge der Kabinettsskrise keine bevollmächtigten Minister nach Genf entsenden kann, wodurch eine Verzögerung in der von Simon beabsichtigten persönlichen Aussprache mit einem Reichsaußenminister entstehen würde.